



ABSCHLUSS



BERICHT

MULTIPLIKATOR*INNEN



Aufklärung über Wohnrechte für geflüchtete Menschen

Carla Regling und Rola Saleh¹

Um die unterbringungsspezifischen Kompetenzen der Menschen zu stärken, die in Gemeinschaftsunterkünften (GUs) leben, wollten wir im Rahmen des VASiB-Projekts Multiplikator*innen ehrenamtlich einbinden. Über einen Zeitraum von gut eineinhalb Jahren leisteten sie aufklärende Feldarbeit in Unterkünften und wurden dazu befähigt, ihr Wissen an weitere geflüchtete Menschen in ähnlichen Lebenssituationen weiterzugeben. Die Zielgruppe sollte so befähigt werden, sich gegenseitig zu stärken, eigenständiger für ihre Rechte einzustehen oder sich an geeigneten Stellen Unterstützung zu organisieren. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung war vorgesehen, eine neue Zusammenarbeit mit sechs in verschiedenen Landkreisen aktiven und gut vernetzten Multiplikator*innen aufzubauen. Die Multiplikator*innen sollten dafür über eigene Erfahrungen im Bereich der Unterbringungs- und Wohnraumversorgung in Brandenburg verfügen, um auf dieser Basis zunächst eine einführende Schulung zu erhalten und anschließend im Rahmen ehrenamtlicher Feldarbeit in das Projekt eingebunden werden zu können.

Die Multiplikator*innen haben teilweise selbst für einige Zeit in Brandenburger GUs gelebt. Von Juli 2024 bis Dezember 2025 haben sie regelmäßig Sammelunterkünfte in Brandenburg besucht, um geflüchtete Menschen aufsuchend vor Ort über ihre Rechte in Unterkünften aufzuklären und gleichzeitig Informationen zu den aktuellen Lebensbedingungen in den GUs zu erheben. Im Rahmen dieser „community outreach“-Arbeit konnten so nicht nur Arbeitsergebnisse des Netzwerks stärker in die brandenburgische Fläche getragen, sondern auch regionale und lokale Bedingungen besser erfasst und lokale Kontakte gestärkt werden. Gleichwohl ergaben sich in der Umsetzung vielfältige Hürden und Problemlagen, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Die Multiplikator*innen haben ihre spezifischen Erfahrungen, die sie im Zuge des „community outreach“ gesammelt haben, laufend mit den Projektmitarbeitenden des Flüchtlingsrats Brandenburg rückgekoppelt. Auch wenn diese Berichte jeweils die sehr spezifischen Situationen und Problemlagen

¹Zuerst veröffentlicht in: Hasenjürgen, M. und Behrens, B. (2026): Wohnen und Ankommen in Brandenburg. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Projekt VASiB. MIKOWA Arbeitspapiere, Nr. 9. DOI: <https://doi.org/10.26127/BTUOpen-7459>

der GUs widerspiegeln und nicht pauschal auf alle Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden können, decken sich die Erfahrungsberichte nichtsdestotrotz mit den Schilderungen von Missständen, die seit Jahren an den Flüchtlingsrat herangetragen werden. Sie bilden auch die Basis für die Feststellung, dass eine sowohl menschenwürdige als auch Teilhabe und Integration fördernde Unterbringung geflüchteter Menschen nur dezentral in privatem Wohnraum und nicht in abgelegenen Sammelunterkünften gelingen kann.

Die folgende Liste ist eine Sammlung von Problemlagen, die ihre hohe Relevanz daraus gewinnen, dass die Multiplikator*innen diese bei ihren Besuchen als typische Realität von Sammelunterkünften erleben:

- **Probleme hinsichtlich von Eingriffen in die Grundrechte der Bewohnenden durch Personal von Wach- und Sicherheitsdiensten:** Wach- oder Sicherheitsdienste geben teilweise Post ohne die Anwesenheit von Sozialarbeitenden aus; der Wachdienst hat eigene Schlüssel zu den Duschen und Toiletten; teilweise werden Besuchsverbote ausgesprochen; teilweise erfolgt Überwachung durch Kameras oder durch Aushänge von Bildern aller Bewohnenden im Eingangsbereich; in manchen medizinischen Notfällen wurde trotz Aufforderung kein Krankenwagen durch den Wach- und Sicherheitsdienst angefordert; Schlüssel müssen teilweise bei Verlassen der Unterkunft abgegeben werden.
- **Bauliche Mängel und unangemessene Unterbringung:** kalte und renovierungsbedürftige Gebäude; teilweise Unterbringung in Containern über längere Zeiträume; langanhaltende Baumaßnahmen führen teilweise zu Überbelegung von Bädern; nicht auf jeder Etage gibt es Kochoptionen; zu wenige oder keine Aufenthaltsräume; fehlende Ausstattung und generell fehlende Freizeit- und Sportangebote; große Probleme mit Hygiene; unzureichende Müllentsorgung, teilweise keine Reinigungsfirma; im Winter teilweise kein warmes Wasser; queere Geflüchtete erleben Gewalt; Mütter mit kleinen Kindern wird der Umzug in niedrigere Stockwerke versagt; stark eingeschränkter öffentlicher Personennahverkehr, der z.B. während der Schulferien nicht fährt; Abgeschiedenheit der Unterkünfte; Lage mitten im Wald; Isolation führt zu hoher mentaler Belastung; Schwierigkeiten, pünktlich zur Arbeit zu kommen oder Termine wahrzunehmen; Schwierigkeit, an Sprachkursen in anderen Städten teilzunehmen; Supermärkte weit entfernt; lange Wege zwischen Bahnhof und Unterkunft; teilweise keine Fußgängerwege; nur teilweise Schutzräume für Menschen mit besonderen Schutzbedarfen und für Familien; unverhältnismäßig hohe Gebühren für Zimmer.

- **Grundlegende allgemeine Probleme:** jahrelange Aufenthaltsdauer und dringende Wünsche nach eigenem Wohnraum; Mangel an Informationen zu Bleiberecht und zu regelmäßigen Änderungen in aufenthaltsrechtlichen Fragen; belastendes soziales Klima, in dem Gerüchte oder Falschinformationen vorherrschen; wenig Unterstützung bei der Wohnraumsuche; Schwierigkeit in der Verständigung mit dem Personal vor Ort und unter „zusammengewürfelten“ Mitbewohnenden in Mehrbettzimmern; rassistisches Verhalten von Sozialarbeitenden und diskriminierende Unterscheidung zwischen verschiedenen Gruppen geflüchteter Menschen; unzureichende Unterstützungsangebote vonseiten der Sozialarbeitenden; Schwierigkeiten mit der Bezahlkarte; Angst vor Abschiebungen und Tischfestnahmen bei Behördenbesuchen; Herausforderung, Kitaplätze zu organisieren.

Daraus ergeben sich zentrale Forderungen, die vor dem Hintergrund der aufgezeigten Erfahrungswerte flächendeckend in allen Brandenburger GUs umgesetzt werden müssen:

- Dem Flüchtlingsrat, Selbstorganisationen von Geflüchteten und lokalen Unterstützungsinitiativen muss freier **Zugang** in die Unterkünfte gewährt werden.
- **Partizipation**smöglichkeiten und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben müssen sichergestellt werden.
- Die Einrichtung einer unabhängigen **Beschwerdestelle** muss für jede Unterkunft umgesetzt werden.
- Flächendeckende Maßnahmen zum **Gewaltschutz** müssen garantiert werden.
- Unterbringungs**gebühren** in GUs brauchen klare und verbindliche Regelungen, die sich an der Wohnqualität orientieren, sozial gestaffelt sind und nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit eine Obergrenze haben.

Highlights

Hervorgehoben werden kann ein englischsprachiger Online-Workshop, der Mitte 2024 stattfand und dessen inhaltlicher Fokus auf der Wissensvermittlung zu Aus- und Umzugsmanagement aus GUs lag. An diesem Workshop nahmen sowohl die Multiplikator*innen als auch geflüchtete Menschen aus GUs in Brandenburg teil, die hier gemeinsam neben pointiertem Kenntniserwerb zu Aus- und Umzugsmöglichkeiten den direkten Kontakt und Austausch zu konkreten Fragen und Bedarfen der Zielgruppe erlebten. Ein zusätzlicher Nutzen der Veranstaltung war die Tatsache, dass Multiplikator*innen hier beobachten und praktisch erfahren konnten, wie zum Teil komplexe rechtliche

Informationen zu Auszug und Wohnen vermittelt werden können. Die stimmige Mischung zwischen fachlichem Input und gemeinsamer praktischer Problemdiskussion, in der aufschlussreiche Einblicke in die spezifischen Problemlagen der Teilnehmenden gewonnen werden konnten, wurde positiv hervorgehoben. Interessant und ambivalent wurde die Entscheidung zum Online-Format diskutiert: Dem positiven Umstand, einer einfacheren Teilnahmemöglichkeit, wurde die fehlende physische Nähe entgegengestellt. Sie erschwerte es, einen Vertrauensraum aufzubauen und alle Teilnehmenden gut und aktiv einbinden zu können.

Hürden

Das Teilprojekt machte deutlich, dass die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Multiplikator*innen besondere fachliche, strukturelle und organisatorische Anforderungen mit sich bringt. Die Umsetzung der geplanten Ziele erwies sich als anspruchsvoller als ursprünglich angenommen. Dabei zeigten sich sowohl inhaltliche als auch strukturelle Herausforderungen. So erschwerten beispielsweise der teilweise eingeschränkte Zugang zu GUs sowie die begrenzten zeitlichen Ressourcen ehrenamtlicher Multiplikator*innen die kontinuierliche Outreach-Arbeit und den Aufbau verlässlicher Kontakte zur Zielgruppe.

Darüber hinaus wurden im Projektverlauf strukturelle Rahmenbedingungen sichtbar, die sich auf die Zusammenarbeit auswirkten. Es zeigte sich, dass die vorgesehene Einbindung der Multiplikatorinnen über eine Ehrenamtspauschale den Umfang und die Verantwortung ihrer Tätigkeit nur eingeschränkt abbilden konnte. Zudem erschwerten zeitliche Verzögerungen in administrativen Prozessen stellenweise eine kontinuierliche Zusammenarbeit und führten vereinzelt zu Unsicherheiten auf Seiten der Multiplikator*innen.

Zusammenfassend verdeutlichen die Erfahrungen, dass die erfolgreiche Einbindung ehrenamtlicher Multiplikator*innen neben ihrem hohen Engagement ausreichende Koordinationsressourcen sowie zielgruppengerechte Verwaltungs- und Dokumentationsprozesse erfordert. Diese Erkenntnisse bieten wichtige Anknüpfungspunkte für die Konzeption und Umsetzung zukünftiger Projekte.

Lernende Praxis

Vor dem Hintergrund unserer Projekterfahrungen empfehlen wir, Multiplikator*innen bereits frühzeitig in die Entwicklung von Projekten und

Maßnahmen einzubeziehen. Projekte oder Maßnahmen, die Multiplikator*innen einbinden wollen, tun gut daran, bereits *vor* der Antragsstellung mit potenziellen Multiplikator*innen zu sprechen und mit ihnen zusammen konkrete Konzepte auszuarbeiten, die ihre Perspektiven und Erfahrungen berücksichtigen. Erst durch eine solche Partizipation können Ziele benannt werden, die realistisch umgesetzt werden können.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Rahmenbedingungen für die Mitarbeit von Multiplikator*innen sorgfältig geplant werden sollten. Hierzu gehört eine angemessene Vergütung für alle Projektbeteiligten sowie ausreichend finanzielle Mittel für beispielsweise Supervision, Sprachmittlung, Verpflegung, Fahrtkosten oder Fortbildungen.

Zudem ist zu empfehlen, bereits währenddessen gemeinsam eine Evaluation der Tätigkeiten durchzuführen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Dafür benötigen solche Projekte die entsprechende Flexibilität, Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen bei Bedarf anzupassen.

Und jetzt?

Die Projektmaßnahme endet mit dem VASiB-Projekt. Einige Multiplikator*innen hätten ihr Engagement gerne fortgesetzt und möchten sich auch künftig für gute Wohn- und Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen in Brandenburg einsetzen. Trotz der im Projektverlauf bestehenden strukturellen Herausforderungen konnten tragfähige Beziehungen und ein vertrauensvoller Austausch zwischen den Multiplikator*innen und dem Flüchtlingsrat Brandenburg aufgebaut werden. Ein gemeinsames Abschlusstreffen in einem entspannten Rahmen steht noch aus. Auch in Zukunft bleiben Flüchtlingsrat und Multiplikator*innen engagiert für gutes Leben und Wohnen in Brandenburg.

Projekt ,VASiB – Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende, Schutzberechtigte und vorübergehend Schutzberechtigte in Brandenburg‘ der Kooperation für Flüchtlinge in Brandenburg (KFB).

Gefördert durch:



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**





GUTES



WOHNEN

FÜR



ALLE

